

Regierung setzt Sparkurs fort

«Das ist keine politische Grösse, sondern entspricht einer Fachempfehlung», sagte Regierungschef Klaus Tschütscher gestern zur Reduktion des Sparziels von 160 Millionen auf 135 Millionen Franken.

Von Günther Fritz

Vaduz. – Die Regierung hat sich am vergangenen Dienstag in einer halbtägigen Klausurtagung mit dem weiteren Vorgehen im Projekt der Sanierung des Landeshaushalts beschäftigt. Wie Regierungschef Klaus Tschütscher anlässlich des gestrigen Mediengesprächs der Regierung erklärte, seien dabei zahlreiche Beschlüsse für eine Anpassung des Reduktionsziels von bisher 160 Millionen Franken auf 135 Millionen Franken gefasst worden.

Mehr Erträge

Thomas Lorenz, Leiter der Stabsstelle Finanzen, wies darauf hin, dass die Regierung schon anlässlich des Berichts zum Voranschlag 2011 und zur Finanzplanung 2011–2015 ausgeführt habe, dass die Steuererträge der Landesrechnung 2010 deutlich höher ausfallen werden als angenommen. Dies sei einerseits auf diverse Einmal- und Sondereffekte zurückzuführen, andererseits seien die Erträge bei einzelnen Steuerarten im Sommer 2009 für den Voranschlag 2010 aufgrund der damals sehr unsicheren Wirtschaftslage zu tief angesetzt worden. «Aufgrund einer Analyse der grössten Abweichungen hat sich abgezeichnet, dass 25 Millionen Franken der gesamten Abweichung als nachhaltig angesehen werden können», betonte Re-

gierungschef und Finanzminister Klaus Tschütscher gestern vor den Medien in Vaduz. Das Reduktionsziel für die Sanierung des Landeshaushalts könne deshalb von bisher 160 Millionen auf 135 Millionen Franken gesenkt werden. Dazu der Regierungschef: «Die verschiedenen Anpassungen ändern aber nichts daran, dass die Sanierung des Landeshaushalts intensiv weiterverfolgt und überwacht werden muss.»

16 Prozent weniger sparen

Die Anpassung des Gesamtreduktionsziels erlaube eine Senkung der Reduktionsziele für die einzelnen Hauptausgabenbereiche um rund 16 Prozent, führte der Regierungschef weiter aus. Im Rahmen der Klausurtagung habe sich die Regierung dafür entschieden, die im vergangenen Jahr festgelegte und vom Landtag bestätigte prozentuale Verteilung der Reduktionsziele nicht zu verändern und diese linear um 16 Prozent nach unten anzupassen.

In Form von konkreten Beschlüssen und durch budgetäre Massnahmen hat die Regierung bereits konkrete Einsparungen von rund 12,7 Millionen budgetwirksam realisiert. Davon betreffen 6,5 Millionen diverse Beitragsleistungen, 4,5 Millionen den Sachaufwand und Massnahmen im Umfang von 1,7 Millionen wurden im Bereich des Personalaufwands der Landesverwaltung und des Bildungsbereichs gesetzt.

NBU-Subvention wird abgeschafft

Nach Auskunft von Regierungschef Klaus Tschütscher hat die Regierung dem Landtag ausserdem Vorschläge für zwei wesentliche Ausgabenposi-

tionen unterbreitet, welche in der kommenden Landtagsitzung vom 16. bis 18. März behandelt werden. Zum einen handelt es sich um die Aufhebung der Subvention für die Nichtberufsunfallversicherung (12,5 Millionen) und zum anderen um die Anpassung des Finanzzuweisungssystems vom Land an die Gemeinden, welche gemessen am Voranschlag 2010 eine Aufwandreduktion von 40 Millionen bewirkt.

Mit dem Vernehmlassungsbericht zur Anpassung des Gesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung soll durch eine Neulösung in Bezug auf den AHV-Staatsbeitrag eine Einsparung von 15 Millionen erzielt werden. Damit wurden bereits vor der Regierungsklausur Sparmassnahmen im Umfang von 80 Millionen realisiert oder initiiert. Regierungschef Klaus Tschütscher betonte, dass es an der gestrigen Klausur gelungen ist, weitere Massnahmen im Umfang von über 20 Millionen auf den Weg zu bringen, wodurch sich die Summe der beschlossenen und initiierten Aufwandreduktionen nun auf rund 100 Millionen beläuft.

Mehr Geld für Entwicklungshilfe

Regierungschef Klaus Tschütscher erinnerte an die zahlreichen Anstrengungen von verschiedenen Organisationen, die Regierung dazu zu bewegen, bei der Internationalen humanitären Zusammenarbeit (IHZE) vom ursprünglich vorgesehenen Reduktionsziel abzusehen. Die Neufestlegung der Reduktionsziele erlaube es nun, so der Regierungschef, die geplanten Aufwandsenkungen in der Höhe von 8,2 Millionen auf neu 5,2 Millionen Franken zu korrigieren. Auch im Krankenversicherungsbereich reduziert sich das Sparziel von bisher 23 Millionen Franken auf neu 15,3 Millionen Franken.

Frühpensionierung mit 62 Jahren

Zudem hat die Regierung im Bereich des Personalaufwands mehrere entscheidende Beschlüsse gefasst. Zum ei-

Angepasste Reduktionsziele

Die Regierung hat im Rahmen der Sanierung des Staatshaushalts das ursprüngliche Reduktionsziel von 160 Millionen auf 135 Millionen Franken reduziert. Die Senkung des Reduktionsziels wird auf die vier Ausgabenbereiche wie folgt linear aufgeteilt:

• Laufende/investive Beiträge	CHF -68 Mio. (bisher CHF -80 Mio.)
• Finanzzuweisungen an Gemeinden	CHF -42 Mio. (bisher CHF -50 Mio.)
• Personalaufwand	CHF -12,5 Mio. (bisher CHF -15 Mio.)
• Sachaufwand	CHF -12,5 Mio. (bisher CHF -15 Mio.)

Die Neufestlegung der Reduktionsziele erlaubt es, die geplanten Aufwandsenkungen im IHZE- und im KVG-Bereich deutlich nach unten zu korrigieren:

• IHZE	CHF -5,2 Mio. (bisher CHF -8,2 Mio.)
• Krankenversicherungsbereich	CHF -15,3 Mio. (bisher CHF -23 Mio.)

Massnahmen von rund 100 Millionen Franken realisiert oder initiiert

Realisierte Massnahmen CHF 12,7 Mio.

- davon CHF 6,5 Mio. im Beitragsbereich
- davon CHF 4,5 Mio. im Sachaufwand
- davon CHF 1,7 Mio. im Personalaufwand

Beschlossene Massnahmen CHF 67,5 Mio.

- Aufhebung NBU-Subvention (B&A)
- Anpassung Finanzzuweisungssystem (B&A)
- Anpassung AHV-Staatsbeitrag (Vernehmlassung)

Initiierte Massnahmen CHF 20 Mio.

- Diverse gemäss Beschluss an der Regierungsklausur vom 1.3.2011

nen soll das bestehende Frühpensionierungsmodell für die Staatsangestellten in verschiedenen Punkten angepasst werden. So soll insbesondere das Frühpensionierungsalter in der Landesverwaltung auf 62 Jahre angehoben werden. Für den Bereich der Landes-

verwaltung verfolgt die Regierung das Ziel, in den kommenden Monaten und Jahren die natürliche Fluktuation gezielt für die Senkung des Personalaufwands einzusetzen. Auch für den Bildungsbereich wurden diverse mögliche Massnahmen definiert.